



Jahresbericht 2015

**Eine Einrichtung der
Evangelischen Gesellschaft
und des Jugendamts der
Landeshauptstadt Stuttgart**

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir werden immer wieder gefragt, wie sich gesellschaftliche und politische Krisen, Naturkatastrophen oder andere tragische Ereignisse auf unsere Arbeit im Krisendienst auswirken. Seit Sommer letzten Jahres bezieht sich diese Frage vor allem auf die sogenannte Flüchtlingskrise. Wie erleben wir diese in unserem Dienstalltag, wie gehen wir mit den Nöten, Ängsten, Traumatisierungen, sprachlichen Barrieren der hilfeschuchenden Migranten und Flüchtlinge um, welche neuen Anforderungen werden an uns und unsere Arbeit gestellt?

Um Antworten auf solche oder ähnliche Fragen zu geben, wollen wir anhand authentischer Fälle wieder einen kleinen Einblick in unseren Arbeitsalltag geben. Die zwei ausführlicheren Beispiele befassen sich einerseits mit unserem letztjährigen Hauptthema „Notunterbringungen“ und andererseits mit einer längerfristigen Krisenbegleitung einer Klientin in Kooperation mit einem Sozialpsychiatrischen Dienst.

Die Statistik zeigt, dass 2015 für uns noch krisenreicher war als die Vorjahre. Allein die Fallzahlen stiegen um 18 %, so stark wie nie zuvor, auf fast 4000 an.

Noch mehr Menschen als bisher kamen zu uns - auf der Suche nach Arbeit, Wohnung, einem besseren Leben. Das wirtschaftlich starke Stuttgart mit seinen vielfältigen Jobmöglichkeiten und attraktiven sozialen Leistungsangeboten zog viele Zuwanderer aus Rumänien, Bulgarien oder anderen armen Ländern magisch an. Ohne Zukunftsperspektive in ihren Heimatländern brachen sie dort oftmals alle Brücken ab und machten sich auf den Weg. Hier angekommen traf der Traum vom Paradies dann aber allzu schnell auf die harte Realität: Mangelnde oder fehlende Sprachkenntnisse, keine Arbeit, keine sozialen Leistungsansprüche, keine Wohnung, kein Geld. Anfängliche Hoffnung und Zuversicht schlugen um in Enttäuschung und Resignation. Als letzte Option blieb für viele nur das Busticket vom Sozialamt zurück in die Heimat oder das Leben auf der Straße.

Unsere Arbeit hat sich verändert. Neben der „klassischen“ Krisenintervention und -bewältigung, die sich auf einem gemeinsamen kulturellen, sprachlichen Kontext mit therapeutischer Ausrichtung gründet, wird zunehmend eine existenzsichernde Versorgung wichtig, die sich nach akuten Bedürfnissen wie Unterkunft, Nahrung und Information ausrichtet.

Im Gegensatz zu den Armutsmigranten aus Osteuropa kamen wir nur in Einzelfällen mit asylsuchenden Flüchtlingen aus Syrien, Irak u.a. Krisenländern in Kontakt. Vermutlich wird sich das ändern, wenn die Menschen aus den Sammelunterkünften auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt kommen und ein weiterer Zuzug aus strukturschwächeren Regionen nach Stuttgart stattfindet.

Der Anspruch an unsere Arbeit, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, lässt sich oft nicht mehr anwenden, da eine nachhaltige Lösung der Probleme auf politischer Ebene liegt.

Stuttgart im März 2016



Friedrich Walburg
Abteilungsleiter der
Dienste für seelische Gesundheit



Manfred Oswald
Bereichsleiter des
Krisen- und Notfalldienstes

..... Nach Hamburg

Es ist Anfang Juni, an Frohnleichnam in Stuttgart ist seit gestern der Evangelische Kirchentag mit über hunderttausend Besuchern zu Gast.

Als ich mit Kollegin Lilian mittags den Dienst antrete, ist in der ersten Zeit alles ruhig. Dann meldet sich Frau Hoffmann, 65, eine langjährige, psychisch kranke Klientin, die uns mitteilen möchte, was sie heute noch alles vorhat. Am späten Abend wird sie dann, wie so oft, nochmals anrufen und erzählen, was sie tagsüber erlebt hat - ein Ritual, um gut in die Nacht zu kommen.

Eine halbe Stunde später steht ein junger Mann mit Rucksack vor der Tür. Er sucht für kommende Nacht einen Schlafplatz. Er heiße Pavel, sei Tscheche, vorgestern in Stuttgart angekommen. Die letzten beiden Nächte habe er draußen campiert, gestern sei er beklaut worden. Das ganze Geld, welches er sich mit Jobs in Spanien verdient habe, sei nun weg, heute habe er noch nichts gegessen (ich denke im Stillen, dass er außer einer Mahlzeit auch eine Dusche gebrauchen könnte). Morgen wolle er wieder weiter Richtung Heimat.

Ich rufe bei der Zentralen Notübernachtung (ZN) an, erfahre vom Security-Mann, dass es noch vier freie Plätze gebe. Dieser checkt Namen und Geburtsdatum des jungen Mannes mit der Einlassliste. Er stellt fest, dass Pavel noch nie da war und einer Aufnahme somit nichts im Wege steht. Ich stelle einen Berechtigungschein für eine Nacht aus und mache ihn darauf aufmerksam, dass er morgen um neun Uhr zur Zentralen Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfe gehen muss, wo er ein Fernbus-Ticket nach Tschechien bekommt. Als EU-Ausländer ohne Arbeit gibt es hier für ihn sonst keine anderen Sozialleistungen. Danach versorge ich ihn noch mit Konserven, Brot, Apfel, einer Flasche Wasser und einem kleinen Stadtplan, damit er den Weg zu seiner Unterkunft besser findet. Pavel packt alles in seinen Rucksack, freut sich auf Bett und Dusche und verlässt dankbar und gut gelaunt den Dienst.

Danach ist es wieder ruhig, niemand will was von uns, keine Probleme, keine Krisen, vielleicht wegen der sommerlichen Hitze, die sogar den Griff zum Telefonhörer anstrengend macht. Wir träumen vom erfrischenden Bad im See, Eisdielen, Biergarten ... und schauen uns die Fallprotokolle vom Vortag an. Von der Polizei angefordert, waren die Kollegen gestern im Einsatz bei Familie Rabic *, Anlass: häusliche Gewalt. Die junge Mutter (22) sei, nach Angabe der Polizei, im Streit von ihrem Mann ins Gesicht geschlagen worden, worauf dieser einen Wohnungsverweis erhalten habe. Die einjährige Tochter Sonja habe alles mitbekommen. Im Protokoll ist weiter zu lesen, dass die Familie seit zehn Jahren in Deutschland lebt, aus dem Kosovo stammt, wo Frau Rabic schon als Kind traumatische Gewalterfahrungen gemacht habe. Deswegen sei sie bis vor kurzem auch in einer Traumatherapie gewesen. Außer der Familie ihres Mannes gebe es für sie kaum soziale Kontakte.

Der heutige Streit habe sich daran entzündet, dass ihrem Mann das Abendessen nicht schmeckte und er ihr deswegen Vorwürfe machte. Als sie sich dagegen wehrte, regte er sich noch mehr auf und habe ihr eine Ohrfeige gegeben. Danach seien bei ihr wieder schlimme Bilder von früher aufgetaucht.

*alle Namen geändert



Die Kollegen schrieben weiter, dass sie Frau Rabic hinsichtlich einer Trennung als sehr ambivalent erlebten. Sie sagte, dass sie sich immer danach sehnte, in einer glücklichen Familie ohne Streit und Gewalt zu leben. Sie wollte aber auch gerne eine Ausbildung machen und andere junge Leute ihres Alters kennenlernen, was ihrem Mann nicht recht sei. Sie brauche noch Zeit, um sich zu entscheiden. Am Ende des Protokolls ist vermerkt, dass die Kollegen sie noch über die Hilfen des Jugendamts und der Fraueninterventionsstelle informierten.

Gegen 17 Uhr meldet sich Frau Thaler von der Bahnhofsmission. Kollegin Lilian ist am Telefon und schaltet laut, so dass ich mithören kann. „Bei uns ist gerade eine fünfköpfige syrische Familie, Mutter und vier Kinder im Alter von 5-16 Jahren, aus Heidelberg kommend, eingetroffen“, so die Kollegin vom Bahnhof, „sie brauchen für heute Nacht eine Notunterkunft.“ Weiter erläutert sie, dass es zwischen den Eheleuten (beide anerkannte Asylbewerber) heute Mittag zum Streit gekommen sei, bei dem die Frau von ihrem Mann geschlagen worden sei und daraufhin mit ihren Kindern fluchtartig das Haus verlassen habe. Sie seien in den nächstbesten einfahrenden Zug gestiegen, in der Hoffnung, dass dieser sie Richtung Hamburg bringt, wo Verwandte der Frau leben. Erst in Stuttgart hätten Sie gemerkt, dass sie in die falsche Richtung gefahren seien. Sie wirkten jetzt ziemlich verzweifelt, hätten kein Geld, um ihr Ziel Hamburg zu erreichen.

Unsere Frage, ob in diesem Fall nicht die Bahnhofsmission die Fahrkarten bezahlen könnte, wird von Frau Thaler verneint. Das gehe nur mit einer Kostenübernahmeverpflichtung des Sozialamts, und das habe ja erst morgen wieder geöffnet. Bis dahin müsse die Familie hier in Stuttgart untergebracht werden.

Lilian vereinbart einen Rückruf, da sie mit mir die in Frage kommenden Optionen – und das sind in der Tat nicht viele – besprechen möchte: Die Zentrale Notübernachtung können wir gleich ausschließen, weil dort keine Kinder aufgenommen werden.

Es wäre zwar möglich, die Mutter dort alleine unterzubringen und die Kinder getrennt in der Notaufnahme des Jugendamts, aber wäre das auch zumutbar? Frau Thaler beschrieb die Mutter als ängstlich, traumatisiert, kaum der deutschen Sprache mächtig, die beiden kleinen Kinder von fünf und sieben Jahren würden sehr an ihr hängen. Also keine akzeptable Lösung. Die andere Möglichkeit wäre die Unterbringung in einem Hotel, wie dies oftmals geschieht, wenn Frauen und Kinder aus häuslicher Gewalt fliehen. Nach der Zimmerreservierung füllt der Krisendienst mit der Betroffenen einen Sozialhilfeantrag aus, dabei übernimmt das Sozialamt die Hotelkosten bis zum nächsten Öffnungstag der zuständigen Stelle.

So gut diese Möglichkeit auch sonst funktioniert – heute ist alles anders. Denn vergessen wir nicht – es ist Kirchentag, Stuttgart ist über Tage ausgebucht.

Wir versuchen es trotzdem, erst bei unseren Stamm-Adressen, dann noch aufs Geratewohl. Nach der 10. Anfrage und dazugehörigen Absage ist uns klar: So kommen wir heute nicht weiter. Aber wie dann?

Wir sind uns schnell einig. Die Familie muss unbedingt heute noch nach Hamburg weiterreisen, hier können wir nichts für sie tun. Und sie womöglich nachts auf der Strasse lassen – undenkbar! Und wer würde sich morgen Früh um sie kümmern, wer sie zur Fachstelle der Wohnungsnotfallhilfe begleiten?

Wir müssen also sofort nach einer Fahrtmöglichkeit nach Hamburg suchen und diese auch vorfinanzieren, auch ohne Kostenverpflichtung des Sozialamts.

Ich recherchiere auf der Internetseite der DB nach Abfahrtszeiten und Fahrpreisen. Es sieht nicht mal so schlecht aus: Stündliche ICE- und IC-Verbindungen bis spät in die Nacht. Vom Preis her wird es mir aber dann doch etwas mulmig. Für unsere fünfköpfige Familie würde ein Ticket an die 700 € kosten. Das ist zu viel.

Was ist mit dem Fernbus? Ein Blick auf die Homepage des Anbieters zeigt, dass der Gesamtpreis knapp 200 € beträgt, Abfahrt kurz vor Mitternacht, momentan noch acht freie Plätze verfügbar. Sieht gut aus, also gleich buchen.

Ich rufe die Fernbus-Hotline an, möchte wissen, ob man die Fahrkarte direkt im Bus beim Fahrer lösen und bezahlen kann, da es mir nicht möglich ist, dienstliche Transaktionen online vorzunehmen, und ob man die fünf Plätze vorab reservieren könnte. Der Service-Mitarbeiter bedauert, mir keine verbindliche Zusage machen zu können. Theoretisch sei es schon möglich, beim Fahrer zu bezahlen, aber man wisse nie genau, wann dieser vor Abfahrt im Bus sei. Auch könnte es sein, dass bis dahin die noch freien Plätze online vergeben worden seien. Eine Reservierung sei leider nicht möglich.

Ich bespreche mich kurz mit Lilian. Sie ruft die Bahnhofsmission an, berichtet über den momentanen Stand der Dinge, während ich den Buchungsvorgang für die Tickets starte. Mir ist klar, dass ich sie nur privat über mein eigenes Bezahlungssystem kaufen kann. Dabei baue ich auf die gute Kooperationsbeziehung mit dem Sozialamt, das mir mein Geld später wieder zurückerstatten soll.



Nachdem die Fahrtdaten im Online-Formular ausgefüllt sind, kommt die Aufforderung nach Namen und Geburtsdaten der Reisenden.

Wir wissen bislang weder das eine noch das andere. Deshalb erneuter Anruf bei der Bahnhofsmission mit der Bitte, uns die Passkopien durchzufaxen. Ich höre von Frau Thaler, dass das leider im Augenblick nicht möglich sei, da die Familie die Bahnhofsmission verlassen hätte und sich irgendwo im oder um den Bahnhof herum aufhalten würde, Genaueres wisse sie nicht. Sie werde sich aber bemühen, die Reisegruppe zu finden und die erforderlichen Dokumente zu faxen.

Es ist inzwischen 19:30 Uhr, noch ca. vier Stunden bis zur Abfahrt des Busses am Terminal in Zuffenhausen. Ich schaue noch mal auf die verfügbaren Plätze. Es sind noch sieben.

Gegen halb neun meldet sich das Fax und spuckt die sehnlichst erwarteten Daten aus. Ich trage sie sofort in die Buchungsmaske ein, schließe den Vorgang mit der Bezahlung ab und drucke das Familien-Ticket aus – geschafft!

Die nächsten Schritte sind Routine: Gegen 22 Uhr fährt Lilian in die Bahnhofsmission, mit den erforderlichen Sozialamts-Formularen und dem Ticket im Gepäck. Die kleineren Kinder sind schon ziemlich müde, der älteste, 16-jährige Sohn übersetzt seiner Mutter, die immer noch sehr verunsichert und ängstlich wirkt, dass die Weiterreise gesichert ist. Danach begleitet Lilian die Familie mit der S-Bahn nach Zuffenhausen, wo sich vor dem Hamburger Bus schon eine lange Schlange gebildet hat.

Nach ihrer Rückkehr kurz nach Mitternacht berichtet sie, dass Mutter und Kinder beim Abschied sehr erleichtert gewesen seien, weil doch noch alles so gut geklappt hatte und sie morgen bei ihren Verwandten in Hamburg in Sicherheit sein würden.

Während ich allein im Dienst war, rief, wie angekündigt, nochmals Frau Hoffmann an und wollte kurz erzählen, welche Kirchentagsveranstaltung sie besucht hatte. Jetzt sei sie sehr müde, habe ihre Medikamente schon genommen und wünschte eine gute Nacht.

Tag- und Abenddienst

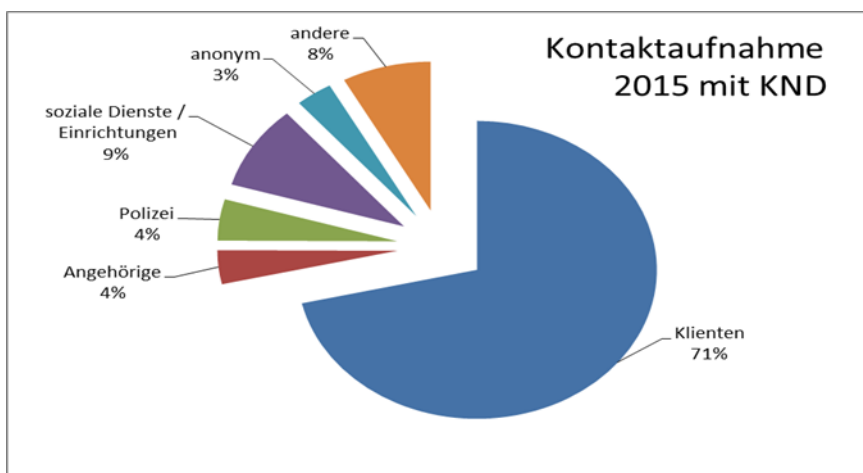
Seit seinem Bestehen ist der KND in zwei Teile untergliedert, dem sog. „**Tagdienst**“ sowie dem „**Abend- und Wochenenddienst**“. Während der **Tagdienst** - telefonisch erreichbar von Montag bis Freitag zwischen 9 und 16 Uhr - wechselnd von den zehn Beratungszentren des Jugendamts durchgeführt wird, hat der **Abend- und Wochenenddienst** der Ev. Gesellschaft - geöffnet von Montag bis Freitag zwischen 16 und 24 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen zwischen 12 und 24 Uhr - seinen ständigen Sitz im Furtbachkrankenhaus. Die einheitliche Krisen-Rufnummer wird um 16 Uhr vom Tag- auf den Abenddienst und am nächsten Tag um 9 Uhr wieder auf das jeweilige Beratungszentrum geschaltet.

Die Inanspruchnahme des Krisendienstes ist im letzten Jahr um 18 % auf insgesamt 3925 Tagesfälle gewachsen, wobei sich die Verteilung zwischen Tag- und Abenddienst weiterhin im bisher üblichen Verhältnis von 1: 10 (11%/89 %) bewegte.

Ebenso entsprach die Rangfolge bei den Kontaktzeiten derjenigen der letzten Jahre: Die meisten Meldungen und Einsätze fanden am Wochenende statt. Unter der Woche wurde der Montag und Freitag am häufigsten frequentiert.

Der Tagdienst wird fast ausschließlich telefonisch genutzt (437 Anrufe). Meistens geht es um kurze Informations- oder Entlastungsgespräche und die Weitervermittlung an einen zuständigen Regeldienst.

Beim Abend- und Wochenenddienst ist das Repertoire der Interventionen vielfältiger. Zur Bearbeitung der 3488 Fälle waren 4156 Telefonate erforderlich. Hinzu kamen 945 Gesprächskontakte in den Diensträumen, die im Vergleich zum Vorjahr um 13 % zunahmen (s. Kap. Interventionen). Die 89 externen Einsätze, zum überwiegenden Teil Hausbesuche, erhöhten sich um 4 nur geringfügig.



Krisenhilfe gesucht

„Sie rufen außerhalb unserer Öffnungszeiten an. Bitte wenden Sie sich an den Krisen- und Notfalldienst unter der Nummer ...“

So oder ähnlich klingt es mittlerweile auf vielen Bandansagen von Beratungsstellen, Frauenhäusern u.a. Einrichtungen - ein wichtiger Hinweis für Bürgerinnen und Bürger, die noch nichts vom KND gehört hatten.

Weiterhin ist der Krisendienst in den beiden großen Tageszeitungen und diversen Mitteilungsblättern unter den „Notfallnummern“ oder „Notdiensten“ zu finden. Seine grünen handlichen Faltkärtchen sind mittlerweile tausendfach im Umlauf und werden von Beratungszentren und Fachdiensten gezielt an KlientInnen ausgegeben - insbesondere vor längeren Schließzeiten, wie den Weihnachts- oder Osterfeiertagen.

Immer mehr hilfesuschende Menschen stoßen über Suchmaschinen des Internets auf uns. Wird z.B. „Krise Stuttgart“ in Google eingegeben, taucht der Krisen- und Notfalldienst bei den Drop-down-Vorschlägen gleich an erster Stelle auf. Spätestens auf der Homepage der Stadt Stuttgart oder der Evangelischen Gesellschaft erscheint dann der entsprechende Link mit Profilbeschreibung und Erreichbarkeit. Vor allem jüngere Menschen stoßen über das Internet auf den KND, mit steigender Tendenz. Waren es 2014 noch 306 so stieg die Zahl ein Jahr später auf 371 an.

In den meisten Fällen erfolgte die erste Kontaktaufnahme per Telefon. Manchmal erreichte uns aber auch eine Email, in der das Problem geschildert wurde, der Wohnort aber nicht zugeordnet werden konnte. Da wir keine Email- oder Chatberatung anbieten, fragten wir in einer Antwortmail nach dem Wohnort und baten um telefonische Kontaktaufnahme zur weiteren Abklärung der Problemsituation.

Die gebührenpflichtige Rufnummer des KND **0180-5110444** ist ausschließlich aus dem Vorwahlbereich 0711 des Festnetzes erreichbar. Viele Hilfesuchende nutzen jedoch zwischenzeitlich das Mobilfunknetz, für das diese Beschränkung nicht gilt, und rufen zunehmend per Handy aus dem gesamten Bundesgebiet und gelegentlich aus dem Ausland an. Dabei geht es häufig entweder um ein aktuelles Problem am Wohnort oder um die Notlage einer nahestehenden Person, die in Stuttgart lebt.

Auch wenn der KND in erster Linie für StuttgarterInnen zuständig ist, wird kein hilfesuschender Anrufer von außerhalb abgewiesen. Diese „Erweiterung“ des Einzugsgebietes hat jedoch Auswirkungen auf die Beratungspraxis. Konnte man früher davon ausgehen, dass sich der Wohn- bzw. Krisenort in Stuttgart und Umgebung befindet, muss man diesen heute – wenn z.B. eine Handy-Nummer auf dem Display erscheint – erst erfragen. Dies ist deswegen erforderlich, um im Beratungsgespräch mittels Internet passgenaue Hilfen in erreichbarer Nähe herauszusuchen und weiterempfehlen zu können.

Auswärtigen AnruferInnen werden keine telefonischen Folgekontakte angeboten, da der Dienst sonst an seine Kapazitätsgrenzen stoßen würde.

Der über die Jahre konstante Erfahrungswert, dass in drei von vier Fällen die KlientInnen selbst Kontakt mit dem KND aufnehmen, traf auch für das Berichtsjahr 2015 zu. Das restliche Viertel setzt sich zusammen aus Angehörigen, Freunden, Bekannten (17 %) sowie psycho-sozialen Einrichtungen, deren Anteil sich im Vorjahresvergleich um 32 %



deutlich erhöhte und jetzt bei 42 % der sog. Drittmelder liegt. Der Hauptgrund für diese Zunahme hängt vor allem mit der vermehrten Zuweisung obdachloser KlientInnen durch die Bahnhofsmission zusammen.

Die Meldungen der Polizei, die sich meist auf Fälle mit häuslicher Gewalt, Familienstreitigkeiten, psychiatrisch auffällige oder obdachlose Personen beziehen, lagen bei 20 %.

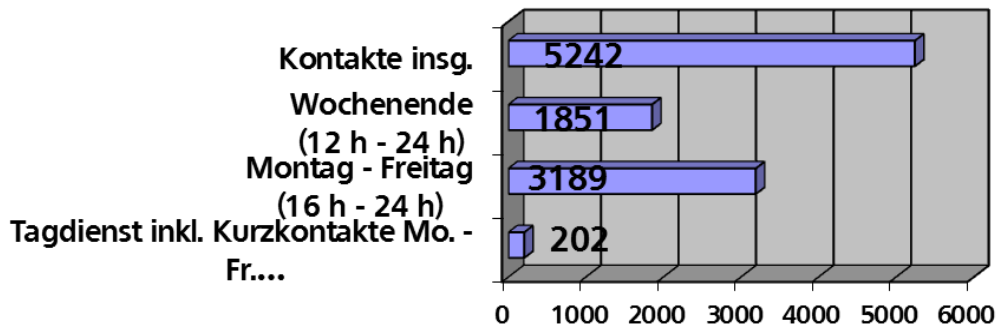
Belastungen und Krisen: 50 % mehr Obdachlose

Der KND wurde 2015 in 1592 Fällen von Menschen mit zum Teil schon länger andauernden, psychischen und sozialen **Belastungen** in Anspruch genommen (39 %). Die meisten Nennungen bezogen sich auf Lebenssituationen und –ereignisse wie z.B. eine chronisch psychische Erkrankung (1692), Einsamkeit und Isolation (956), Konflikte im sozialen Umfeld (506), Probleme mit Behörden und Institutionen (279), Geldnot und Verschuldung (222) u.a..

Kam zu den Belastungen noch ein unerwartetes, einschneidendes Ereignis hinzu, führte dies bei den Betroffenen zu Stress, Überforderung, Verzweiflung, Hilflosigkeit und somit zu einer **psychosozialen Krise**. In einer solchen eskalierten, oft als "chaotisch" empfundenen Notlage, wandten sich 954 Hilfesuchende (23 %) an den Krisendienst.

Die Krisen bezogen sich auf die existenziellen Lebensgrundlagen wie z.B. eine plötzliche Verlufterfahrung nach Trennung oder Todesfall, Kündigung des Arbeitsplatzes oder der Wohnung. Auf derartige, erschütternde Lebensereignisse reagierten die Menschen häufig mit Angst und Niedergeschlagenheit, suchten Halt, Sicherheit und Unterstützung.

KND-Inanspruchnahme 2015 (Tagdienst durch Beratungszentrum / BZ)



Die meisten psychosozialen Krisen bestanden 2015 darin, dass in 674 (2014: 448) Fällen Menschen kein Dach über dem Kopf hatten und kurzfristig eine Notunterkunft benötigten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies eine Zunahme um 50 %.

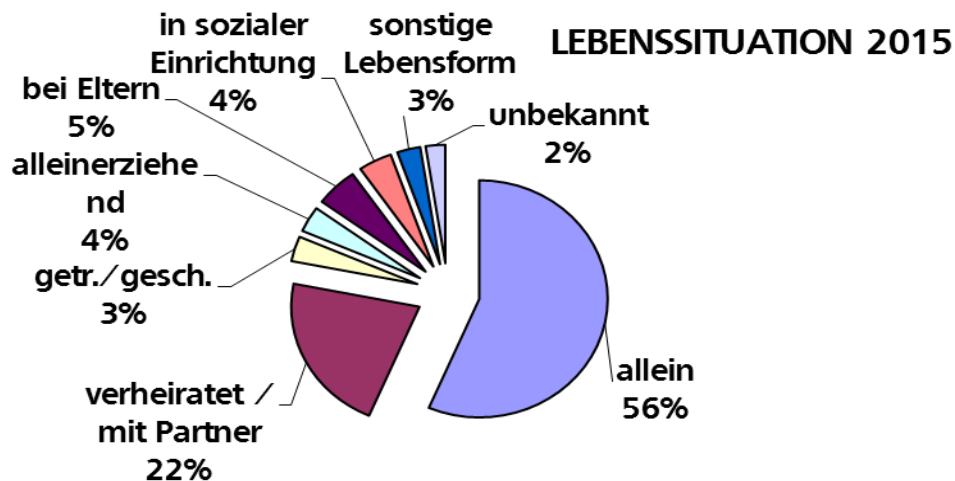
Psychiatrische Krisen, die durch wahnhaftes Erleben, Angst- und Spannungszustände oder eine schwere Depression gekennzeichnet sind, standen 459 Mal (11 %) im Mittelpunkt der Krisenintervention. Dies bedeutete einen weiteren leichten Rückgang (4 %) des Vorjahreswertes (obwohl es numerisch eine Zunahme von 26 gab). Einer der Gründe, warum die Inanspruchnahme des KND bei psychiatrischen Krisen abnimmt, dürfte darin liegen, dass sich PatientInnen, deren Angehörige oder die Polizei im Akutfall direkt an die Notfallpraxis am Marienhospital (mit Psychiatrischem Hintergrunddienst) oder direkt an die Klinik wenden.

In 93 Fällen (2 %) steckten Menschen in akuten **suizidalen Krisen**. Bei der Intervention ging es zunächst um Stabilisierung und Abklärung, ob als Sofortmaßnahme Rettungsdienst und Polizei hinzugezogen werden müssen, weil eine Aufnahme in einer psychiatrischen Klinik als unvermeidbar erscheint. Dies war bisher im Dienst eher selten der Fall, da meistens zur Überbrückung engmaschige Kontakte zwischen Krisendienst und KlientInnen bzw. eine Vorstellung in der Psychiatrischen Notfallpraxis ausreichten.

Die Zahl der **Familienkrisen** (426) und Fälle mit **Häuslicher Gewalt** (341) erreichte einen Wert von ca. 19 %, was im Vorjahresvergleich einen leichten Rückgang um 5 % bedeutet. Indikatoren waren z.B. Überforderung bei zugespitzten Erziehungsproblemen mit pubertierenden Jugendlichen (149 Nennungen); Streitigkeiten und gewalttätige Übergriffe zwischen Familienmitgliedern (458 2014: 251). Sie entluden sich häufig abends und an den Wochenenden. Hierzu zählten auch 70 sog. **STOP-Fälle** (Wohnungsverweis des Gewalttäters), bei denen die Polizei den KND zur Beratung und Unterstützung der Opfer (meist Frauen und Kinder) hinzuzieht.

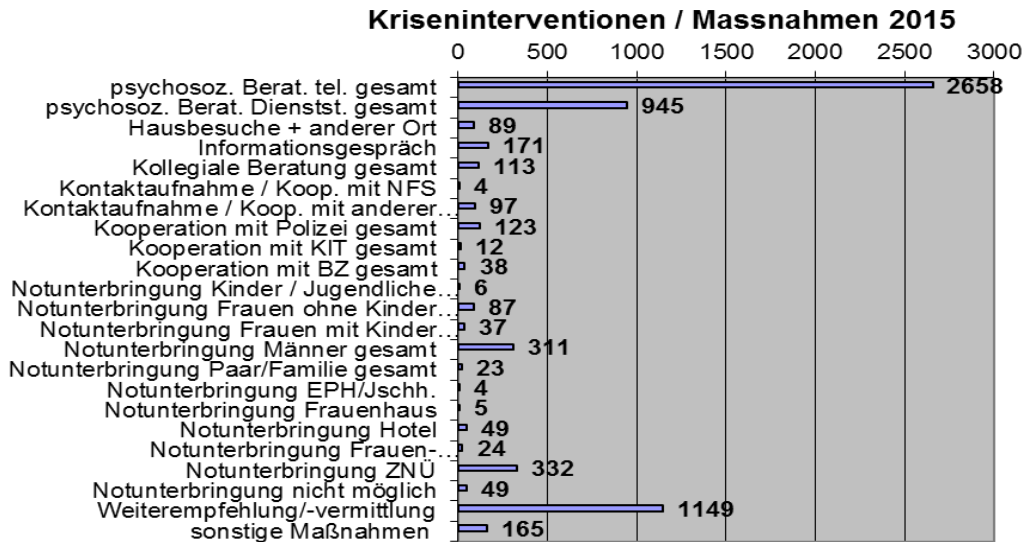
Insgesamt waren in 764 aller Fälle (2014: 636) minderjährige Kinder und Jugendliche (mit-)betroffen, 99 Mal handelte es sich um eine Kindeswohlgefährdung.

Soziobiografische Daten - Migrantenanteil gestiegen



Über die Hälfte aller KlientInnen (56 %) war alleinlebend, 22 % verheiratet oder in einer Partnerschaft. Diese Zahlen, sowie ein Frauenanteil von 66 %, sind mit leichten Schwankungen seit Bestehen des Dienstes nahezu konstant geblieben und mit den Daten der Psychologischen Beratungsstellen vergleichbar. Im vorletzten Jahr fiel jedoch auf, dass die KlientInnen immer jünger werden. Während 2014 die Altersgruppe der 18-30-Jährigen mit 20 % am zahlreichsten vertreten war, wurde diese im letzten Jahr von den 31-40-Jährigen abgelöst, die mit 21 % den größten Anteil der Hilfesuchenden ausmachten.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund am Gesamtaufkommen nahm im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel zu und beträgt nun 34 %. Als „Türöffner“ dienten häufig Angehörige, Freunde, Bekannte oder das Internet, das häufig von jungen MigrantInnen genutzt wird. Zum anderen wurde der Kontakt mit dem Krisendienst auch über die Polizei im Zusammenhang mit Einsätzen bei häuslicher Gewalt hergestellt. Ein sehr großer Anteil der KlientInnen mit Migrationshintergrund erreichte den KND über die Vermittlung der Bahnhofsmission und anderer sozialer Einrichtungen. Dabei handelte es sich sowohl um Einzelpersonen, als auch um Familien mit Kindern, die auf der Suche nach Arbeit und Wohnun in Stuttgart strandeten und kurzfristig eine Notunterkunft sowie etwas zu Essen benötigten.



Kriseninterventionen – Notunterbringungen nehmen weiter zu

Der überwiegende Anteil der insgesamt knapp 6000 Kriseninterventionen lag bei Beratungs- und Entlastungsgesprächen am Telefon (2658, 2014: 2326), in den Diensträumen (945, 2014: 706) oder bei Hausbesuchen u.a. Vororteinsätzen (89, 2014: 85). In 1149 Fällen (2014: 899) erfolgte eine Weitervermittlung/-empfehlung an Fachberatungsstellen und andere psychosoziale Dienste.

Seit drei Jahren nimmt die Notunterbringung von obdachlosen Menschen ständig zu. Im Berichtsjahr 2015 vermittelte der KND insgesamt 414 (2014: 356) Notübernachtungen. In 332 Fällen (2014: 275) erfolgte dies durch die Aufnahme in der Zentralen Notübernachtung des Sozialamts. Lediglich 24 Mal fand sich ein Platz in einem Frauen- oder Männerwohnheim der Wohnungsnotfallhilfe, da aus diesen Einrichtungen wegen der angespannten Wohnraumsituation in Stuttgart kaum noch Abfluß erfolgt.

Wie sich im vorletzten Jahr bereits abzeichnete, stieg die Zahl der Männer, die eine Notunterbringung suchten, von 201 auf 311 weiter signifikant an. Das bedeutet, dass rund $\frac{3}{4}$ aller Obdachsuchenden Männer sind.

Für 49 Mütter mit Kindern, entweder aus häuslicher Gewalt oder akuter Obdachlosigkeit, vermittelte der KND im Rahmen der Sozialhilfe ein Hotelzimmer, da Kinder in den Notunterkünften nicht aufgenommen werden und es sonst keine Unterbringungsmöglichkeit für diese Zielgruppe gibt.



Die Zuwanderung arbeitssuchender Menschen aus süd- und osteuropäischen Ländern wie Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Italien u.a. nach Stuttgart setzte sich auch 2015 verstärkt fort. So war der KND von Juni bis Oktober täglich Anlaufstelle von hilfesuchenden Menschen, die nicht nur einen Berechtigungsschein für die Zentrale Notübernachtung ausgestellt bekamen, sondern auch teilweise mit Essen und Trinken versorgt wurden.

Waren alle Notbetten belegt oder stand jemand auf der Hausverbotsliste, blieb als letztes Hilfeangebot nur die Ausgabe eines Schlafsacks übrig.

Eine Beratung gestaltete sich aufgrund mangelnder oder fehlender Deutsch- bzw. Englischkenntnisse der KlientInnen oft als schwierig. In solchen Fällen wurden mehrsprachige Merkblätter mit den wichtigsten Informationen ausgehändigt.

Kooperationen

Bahnmissionsmission: Aufgrund des enormen Anstiegs der Notunterbringungen spielte die Zusammenarbeit mit der Bahnmissionsmission als „Zuweiser“ eine große Rolle. Alleinstehende Männer, Paare und ganze Familienverbände reisten mit Bus und Bahn aus Süd- und Osteuropa nach Stuttgart, auf der Suche nach Arbeit, Wohnung und einem besseren Leben. Für viele dieser sog. „Armutsmigranten“ war die Bahnmissionsmission oft die erste Anlaufstelle, um nach Unterkunft und anderer Unterstützung zu fragen.

Zentrale Notübernachtung/Sozialamt: Von Januar bis Mai konnten die Obdach suchenden Menschen Aufnahme im städtischen Winternotquartier finden. Danach erfolgte die Belegung in der Zentralen Notübernachtung, Hauptstätterstr. 150 (ZNÜ), wobei in einem vereinfachten Verfahren die Leistungsansprüche vom Sozialamt geprüft werden. Voraussetzung für die Aufnahme von erwachsenen Einzelpersonen in der ZNÜ ist ein Wohnberechtigungsschein, den (neben anderen Einrichtungen) abends und am Wochenende der KND ausstellt. Er gilt bis zum nächsten Öffnungstag der zuständigen Stelle der Wohnungsnotfallhilfe und wird am nächsten Tag nur dann verlängert, wenn soziale Leis-

tungsansprüche vorhanden sind. Bei den meisten der „Armutsmigranten“ ist dies jedoch nicht der Fall, da sie bisher noch kein (längeres) reguläres Arbeitsverhältnis in Deutschland hatten. Als Option bleibt oft nur eine, vom Sozialamt bezahlte, Bus-Rückfahrkarte in die Heimat oder das Leben auf der Straße, mit der Hoffnung, doch noch Arbeit zu finden.

Städtisches Frauenhaus: Die seit 2012 bestehende Zusammenarbeit, bei der KND-Mitarbeiterinnen (im Falle eines freien Platzes) eine begleitete Aufnahme von schutzbedürftigen Frauen und Kindern durchführen, kam im Berichtsjahr nicht zum Tragen, da freies Platzangebot und Nachfrage nicht deckungsgleich waren.

Beratungszentren des Jugendamtes: Die fallbezogene Kooperation erfolgt nach einem standardisierten Verfahren. Bei Einsätzen bzw. Hausbesuchen im Rahmen von STOP (Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt) und in Fällen von Kindeswohlgefährdung wird noch am selben Abend das zuständige Beratungszentrum per Fax oder Email über die KND-Intervention informiert, um eine zeitnahe Kontaktaufnahme mit der Familie zu ermöglichen.

Furtbach Krankenhaus: Bei Klienten, die in einer akuten psychiatrischen oder suizidalen Notlage den KND aufsuchen, ist eine Weiterverweisung ans Marienhospital oder das Zentrum für Seelische Gesundheit in Bad Cannstatt (falls zuständig) nicht immer zu verantworten. Für diese Fälle besteht eine Vereinbarung mit der ärztlichen Leitung des **Furtbachkrankenhauses**, dass der diensthabende Arzt hinzugezogen werden kann.

Borderline Informations- und Kontaktstelle Stuttgart (BIKS): Durch die Teilzeit-Tätigkeit einer KND-Mitarbeiterin bei BIKS ergab sich auch im letzten Jahr eine enge Kooperationsbeziehung zum Krisendienst. So wurde z.B. mit Betroffenen, die den Kontakt zu BIKS suchten, auf Wunsch ein Informationstermin im KND vereinbart, um ihnen die Kontaktaufnahme im Akutfall zu erleichtern.

Mehrgenerationenhaus Sonnenberg: Die Vermittlung einer behinderten Frau, die Opfer häuslicher Gewalt wurde und einen besonderen Hilfebedarf hatte, führte zu Kooperationsgesprächen mit der Fachstelle Leben im Alter und der Fraueninterventionsstelle. Dabei wurde eine Checkliste mit den Aufnahmemodalitäten erarbeitet, um zukünftige Vermittlungen ins Generationenhaus besser abzustimmen.

Institutionelle Kooperationen im Überblick:

- Jugendamt/Beratungszentren (STOP-/Kinderschutzmeldungen, fallbezogene Interventionen)
- Sozialamt (Notunterbringung in der Zentralen Notübernachtung und in Nothotels)
- Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe (Vermittlung Obdachloser)
- Bahnhofsmission Stuttgart (Zuweisung von Obdachlosen u.a. Abklärungen)
- Polizei (Beratung von Opfern häuslicher Gewalt und Vermittlung von Notunterkünften)
- Städtisches Frauenhaus (begleitete Aufnahme)
- Fachberatungsstellen (zeitnahe Folgeberatung von KND-KlientInnen)
- Borderline Informations- und Kontaktstelle Stuttgart (fallbezogene Interventionen)
- Notfallseelsorge und Kriseninterventions-Team der Johanniter (STOP-Einsätze außerhalb der KND-Dienstzeiten, Fallübergaben)
- Rudolf Sophien Stift (Hotline „Netzwerk psychische Gesundheit“)
- Beratungs- und Behandlungszentrum für Suchterkrankungen („Spieler-Hotline“)

Gremienarbeit

Entsprechend seiner zielgruppenübergreifenden Aufgabenstellung wirkte der KND in folgenden Gremien und Arbeitskreisen mit:

- Koordinationskreis und Runder Tisch der Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt (STOP)
- AG § 78 KJHG
- Koordinationskreis „Netzwerk Psychische Gesundheit“, Rudolf Sophien Stift
- AG Krisen- und Notfalldienste, Landespsychiatrieplan, Sozialministerium
- AK Frauen und Psychiatrie
- AK Schnittstellen Frauen, Psychiatrie und Sucht
- AK Kinderschutz (Jugendamt)
- AK Schulprojekt „Verrückt, na und“
- Große Steuerungsrunde Kommunales Kinderschutz-Netzwerk
- AK Krisendienste (Telefon- und Notfallseelsorge, Kriseninterventionsteam, Arbeitskreis Leben)
- Fachkonferenz Regionale Hilfen für Männer, Wohnungsnotfallhilfe
- Runder Tisch Armutsmigration

Außerdem nahm der KND an folgenden Fachtagen teil:

- Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt (STOP)
- Kinderschutz (Jugendamt)
- Aufwind und Pro Kids

Öffentlichkeitsarbeit

Der Krisen- und Notfalldienst informierte 2015 über seine Arbeit vor allem Multiplikatoren in Fachdiensten und anderen Einrichtungen, die häufig mit psychosozialen und psychiatrischen Notlagen in Kontakt kommen. Neben der Weitergabe der Informationen an potenzielle KlientInnen ging es oftmals auch um die Entwicklung oder Vertiefung von Kooperationsbeziehungen.

Der KND informierte über seine Arbeit:

- in Schulen im Rahmen des Präventionsprojekts "Verrückt, na und"
- im Team des Beratungszentrums Zuffenhausen
- in der Psychiatrischen Tagesklinik des Bürgerhospitals
- beim bundesweiten Krisendiensttreffen in Berlin

Das KND-Team: Vielfältige Fachkompetenz



Das 20-köpfige KND-Team setzte sich aus SozialarbeiterInnen, -pädagogInnen, PsychologInnen und Fachkrankenschwestern aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern zusammen. Das Spektrum erstreckte sich von der Psychologischen Beratung, Jugendhilfe, Migrations- und Frauenberatung bis hin zur stationären und ambulanten Psychiatrie sowie dem Krankenhaussozialdienst. Eine Verwaltungsangestellte ergänzt das Team. Ein großer Teil der MitarbeiterInnen verfügt über eine Zusatzqualifikation.

Bei den monatlich stattfindenden Teambesprechungen standen im letzten Jahr neben Fallreflexion und Arbeitsorganisation die Themenschwerpunkte Psychische Erkrankungen (mit Herrn Dr. Roser, Chefarzt der Klinik des RRSS) und Sucht (mit Herrn Lutz, Leiter der eva-Suchtberatung) sowie Informationen der Gewaltpräventionsstelle und der Fraueninterventionsstelle auf der Tagesordnung. Im Rahmen der Mitarbeiterpflege fand ein Ausflug nach Tübingen sowie das traditionelle Weihnachtsessen statt.

Im 4. Quartal des Berichtsjahres zeichnete sich ab, dass drei Mitarbeiterinnen zu Beginn 2016 ausscheiden werden.

Fallbeispiel 2: Lebensmüde

Ein heißer Julitag, die Stadt glüht und bekommt kaum Luft im Kessel. Da bin ich froh um die Schatten spendende riesige Eiche vor dem Fenster.

Nachdem ich die Doku des gestrigen Dienstabends durchgesehen habe, fahre ich den Rechner hoch und schaue nach den eingegangenen Mails. Eine davon stammt von unserer Sekretärin. Die Nachricht ist recht kurz und bezieht sich auf den Anruf einer Kollegin vom Sozialpsychiatrischen Dienst. Diese habe mitgeteilt, dass Frau Gerber (50) gestern tot in ihrer Wohnung aufgefunden worden sei.

Ich lese die Nachricht nochmal, sie trifft mich wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Ich hatte doch noch vor einer Woche mit Frau Gerber telefoniert und erstmals das Gefühl, dass sich bei ihr was positiv bewegt, sie sich bewegt, ihr tristes Grau-Schwarz etwas bunter wird.

Und nun tot – abgestürzt auf dem Weg nach oben, mit zu viel Alkohol und Tabletten? Absicht oder Unfall? Und die Rolle von mir?

Ich kann es momentan nicht klären, brauche mehr Informationen. Ich werde am nächsten Tag die Sozialarbeiterin von Frau Gerber nach den näheren Umständen fragen.

Die Geschichte begann vor über einem Jahr damit, dass eine Kollegin vom Sozialpsychiatrischen Dienst sich mit der Bitte an den Krisendienst wandte, mit ihrer Klientin, Frau Gerber, am Wochenende telefonisch Kontakt aufzunehmen. Sie stecke in einer schweren Krise, weil eine für sie wichtige Bezugsperson verstorben sei. Immer wieder habe Frau Gerber gesagt, dass sie den Schmerz und die Trauer nicht aushalten, keinen Sinn mehr im Leben sehen könnte. Sie habe ihr jedoch versprochen, sich nichts anzutun und am Wochenende mit dem Krisendienst zu sprechen.

Die Gespräche mit Frau Gerber waren schwer, Depression pur: Hoffnungslos, bleiern, dunkel-schwarz, emotional flach. Es kostete Kraft, diese Stimmung auszuhalten, gemeinsam einen Gesprächsfaden zu finden, etwas Helles, Buntes ins schwarze Muster einzuweben.

Bald war absehbar, dass sich die Krisenbegleitung länger hinziehen würde. Waren es anfangs beliebige MitarbeiterInnen, die Kontakt mit ihr hatten, äußerte sie nach einiger Zeit den Wunsch, lieber mit männlichen Kollegen sprechen zu wollen. Sie fühle sich bei Männern sicherer, unbefangener, weil sie als Kind von einer Frau, ihrer Mutter, schwer misshandelt worden sei.

Wir besprechen im Team, dass wir auf ihren Wunsch eingehen und binden sie an einen erfahrenen älteren Kollegen an. Er vereinbart an den Wochenenden feste Telefontermine mit ihr und nimmt ihr immer wieder das Versprechen ab, dass sie sich nichts antut. Frau Gerber fiel es sehr schwer, den Tod ihres ehemaligen Heimleiters zu verkraften. Sie erzählte, dass sie und ihre Geschwister vom Jugendamt aus der Familie herausgenommen und in einem Kinderheim untergebracht wurden. Dort habe sich dann im Laufe der Zeit eine vertrauensvolle Beziehung zu ihrem Sozialarbeiter entwickelt, der ihr auch noch später als Erwachsene in so mancher Krise Halt gegeben habe.

Nach der Beerdigung rief Frau Gerber an und berichtete, wie schlimm der Abschied für sie gewesen sei. Zu allem Unglück sei sie auch noch auf dem Heimweg von einem Bekannten in dessen Auto vergewaltigt worden. Jetzt traue sie sich nicht mehr aus dem Haus. Zur Polizei wolle sie nicht gehen, dort würde man ihr eh nicht glauben.



In den nächsten Wochen schilderte sie dem Kollegen weitere dramatische Ereignisse: Auch die Frau des Heimleiters, die ebenfalls eine wichtige Rolle für sie gespielt habe, verstarb. Danach verunglückte ihr jüngerer Bruder mit dem Motorrad tödlich in Amerika.

Die Umstände bei Frau Gerber schienen sich krisenhaft zuzuspitzen. Sie trank und rauchte viel, nahm Beruhigungstabletten, hatte nachts schreckliche Alpträume, zog sich von der Außenwelt und vom Leben zurück. Den Kontakt zum Sozialpsychiatrischen Dienst brach sie ab.

Wir versuchten gegenzusteuern, indem wir die Frequenz der Telefonkontakte erhöhten. Da ich regelmäßig drei feste Dienste in der Woche habe, wurde ich ihr Bezugsmitarbeiter.

Um eine tragfähige und Halt gebende Beziehung aufzubauen, musste ich die „Horror-Geschichten“ von Frau Gerber ernstnehmen, obwohl sie mir in zunehmendem Maße als unglaubwürdig erschienen. Das bedeutete, Anteil nehmendes Zuhören mit einer gut dosierten empathischen Distanz. In Frage stellen, Anzweifeln oder Entlarven, wäre kontraproduktiv und hätte wahrscheinlich weiteren Rückzug oder gar Kontaktabbruch zur Folge.

Der zweite Teil eines Gesprächskontakts bestand darin, von der negativen „Leid-Ebene“ auf eine positive, wenn auch banale, Erlebnis-Ebene zu führen. Beispiel: Nachdem Frau Gerber wieder einmal dabei war, über die Sinnlosigkeit ihres Daseins zu klagen, hörte

ich bei ihr im Hintergrund ein Geräusch. Ich sprach sie direkt darauf an und sie erzählte mir, dass im Fernsehen gerade ein Fußballspiel mit dem 1. FC Bayern München übertragen werde. Sie habe das Gerät leise gestellt, schaue aber ab und zu auf den Spielstand, weil sie ein Fan der Bayern sei.

Die letzte Viertelstunde des Gesprächs verlief dann völlig anders als die erste. Das Thema hatte sich verändert, ihre Stimme und Sprache wurden lebendiger.

Katastrophenmeldungen rissen nicht ab. Als nächstes erkrankte ihre Schwägerin an Krebs und verstarb. Daraufhin beging deren Mann (älterer Bruder von Frau G.) einen Suizidversuch, der jedoch mißlang. Schwerverletzt liege er im Koma, ohne Aussicht auf Heilung, berichtete sie. Nach langem Ringen mit sich selbst erfüllte sie seine Patientenverfügung, nach der die Geräte abgeschaltet werden sollten.

Dann sprach sie von einem Knoten in ihrer Brust. Krebs? Und wenn schon, sagte sie, warum sollte sie sich untersuchen oder behandeln lassen, wenn alle Menschen, die ihr was bedeutet hätten, inzwischen tot seien? Und ihre einzige Freundin, die sie noch ab und an besuche, würde auch demnächst wegziehen. Das einzige, was ihr dieses Leben noch erträglich mache, sei der Alkohol, aber irgendwann sei endgültig Schluß.

Immer wieder sprach sie davon, einen besonderen Platz aufsuchen zu wollen, an dem sie sich schon früher einmal umbringen wollte. Dieser Ort übe nach wie vor eine magische Anziehungskraft auf sie aus.

Sie habe Vertrauen zu mir entwickelt, offenbarte sie mir eines abends, und wolle mir noch einige schreckliche Erlebnisse aus ihrer Kindheit erzählen, die sie in Alpträumen immer wieder heimsuchten und sie in große Verzweiflung und Angst stürzen würden. Sie berichtete, dass ihre Eltern sie und ihre Schwester an einen Nachbarn für Sex verkauften. Mit dreizehn sei sie schwanger geworden, worauf sie ihre Mutter schwer mißhandelte und sie zur illegalen Abtreibung gezwungen habe. Irgendwann sei dann das Jugendamt eingeschritten und habe sie und ihre Geschwister ins Heim gebracht. Bei der polizeilichen Vernehmung über den sexuellen Missbrauch hätte man ihnen jedoch nicht geglaubt.

Nach diesen Bekenntnissen traten die Katastrophen immer mehr in den Hintergrund. Frau Gerber erzählte, dass sie das Haus alleine verlassen und ihrer Freundin beim Umzug geholfen habe. Außerdem habe sie mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst wieder Kontakt und wolle sich darum kümmern, ins Betreute Wohnen zu kommen. Auch bei der Krebsuntersuchung sei sie gewesen, wo man aber nichts gefunden hätte. Sie wirkte lockerer, leichter, lebendiger. Ich hatte den Eindruck und die Hoffnung, dass die tiefste Talsohle durchschritten ist und es allmählich wieder bergauf geht.

Später erfahre ich von der Kollegin des Sozialpsychiatrischen Dienstes, dass Frau Gerber drei Tage nach meinem letzten Kontakt mit ihr von einer Nachbarin am Fenster gesehen wurde. Zwei Tage später fand man sie tot in ihrer Wohnung. Was ich nicht wußte, war, dass sie herzkrank gewesen ist. Eine Obduktion werde nicht durchgeführt, da keine Fremdeinwirkung vorliege. Die Frage nach der Todesursache wird wohl für immer unbeantwortet bleiben.

Ausblick 2016

Das Thema Armutsmigration und Flüchtlinge wird uns sicher auch im Jahr 2016 weiterhin stark beschäftigen. Denn es ist davon auszugehen, dass der Bedarf an Unterkünften und Erstversorgung, insbesondere bei Familien mit Kindern, weiterhin ansteigt.

So wurde dem Krisendienst bereits 2015 vom Sozialamt ein Familien-Krisenzimmer in einer neu eröffneten Flüchtlingsunterkunft, nahe der Diensträume, zur Belegung angeboten. Die Planung war schon fortgeschritten, alle bürokratischen und organisatorischen Hürden schienen überwindbar – bis das Projekt wegen Brandschutzauflagen wieder zurückgenommen werden musste.

Wir hoffen, dass es 2016 einen erneuten, und diesmal erfolgreichen, Anlauf gibt, um endlich für Familien mit Kindern im Wohnungsnotfall eine angemessene Unterkunft zur Verfügung stellen zu können.

Natürlich wäre ein solches Angebot nicht mehr als ein zusätzlicher Mosaikstein in der psychosozialen Notfallversorgung. Andererseits ist damit zu rechnen, dass die Neuschaffung von (günstigem) Wohnraum nicht mit dem verstärkten Zuzug von Migranten, Flüchtlingen und anderen Arbeitssuchenden Schritt halten wird. Um eine zunehmende Verelendung im öffentlichen Raum zu verhindern, ist die Stadt deshalb angehalten, kurzfristige Interimslösungen im Wohnbereich zu schaffen.

Wie in der Einleitung angesprochen, werden wir es als zielgruppenübergreifender Krisendienst zukünftig mit neuen Herausforderungen zu tun haben, was sowohl eine Qualifizierung unserer MitarbeiterInnen, als auch eine weitere Ausdifferenzierung des bestehenden Kooperationsnetzwerks erfordert. Beides sind wesentliche Voraussetzungen für die Gewährleistung einer effektiven Krisenarbeit in unserer Großstadt.



Geschäftsstelle: Furtbachstr. 6 (Nebeneingang Furtbachkrankenhaus)
70178 Stuttgart

Telefon: 0711/6465-120
Fax: 0711/62 02 586

E-mail: knd@eva-stuttgart.de
Internet: www.eva-stuttgart.de

Träger: Evangelische Gesellschaft
Landeshauptstadt Stuttgart (Jugendamt)

Leitung/Koordination: Abend- und Wochenenddienst: Manfred Oswald,
Evangelische Gesellschaft
Tagdienst: Barbara Kiefl, Jugendamt

Bankverbindung: Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.
Landesbank Baden-Württemberg
Konto-Nr. 202 850 9, BLZ 600 501 01
Stichwort: Krisen- und Notfalldienst